



SPD UB Rhön Haßfurt
Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen

Paul Hümmer
Zeiler Str. 2
97522 Sand am Main
09524 1733
Paul.Huemmer@t-online.de

Antrag an den Unterbezirksparteitag der SPD Rhön-Haßberge

Der Parteitag appelliert an die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand in Berlin:

Die Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns sollen grundsätzlich immer den Tarifierhöhungen in der Gesamtwirtschaft folgen.

Wir wollen den großen Erfolg der SPD in der Koalition, den gesetzlichen Mindestlohn und das Tarifpaket, sichern und ausbauen.

19,2 % aller Beschäftigten bekommen zurzeit weniger als 8,5 € Lohn pro Stunde, so das Institut IAQ. Sie werden also von der Initiative der SPD zum Mindestlohn profitieren.

Vernünftig geregelt werden muss noch das Verfahren, nach dem der Mindestlohn künftig jedes Jahr angehoben wird. Die AfA fordert dass die Kommission, die darüber entscheidet, keine eigenmächtige Ersatztarifpolitik machen darf.

Die Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns sollen grundsätzlich immer den Tarifierhöhungen in der Gesamtwirtschaft folgen.

Vorsitzender Paul Hümmer



SPD UB Rhön Haßfurt
Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen

Paul Hümmer
Zeiler Str. 2
97522 Sand am Main
09524 1733
Paul.Huemmer@t-online.de

Antrag an den Unterbezirksparteitag der SPD Rhön-Haßberge

Der Parteitag appelliert an die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand in Berlin:

AfA fordert mit dem DGB den Abbau der kalten Progression.

Durch die kalte Progression werden Arbeitnehmer höher besteuert, selbst wenn eine Lohnerhöhung gerade die Inflation ausgleicht und ihre Kaufkraft nicht angestiegen ist.

Die höhere steuerliche Belastung von Lohnsteigerungen wird als ungerecht kritisiert und der Abbau der kalten Progression gefordert. Wenn die Tarifierhöhungen durch die kalte Progression überproportional besteuert werden, haben wir ein Gerechtigkeitsproblem. Dies betreffe insbesondere Arbeitnehmer mit Einkommen von 20.000 bis 50.000 Euro im Jahr.

Die Steuerentlastungen müssen aber voll gegenfinanziert werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates nicht zu schwächen. Dafür wird vorgeschlagen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Anhebung der Erbschaftsteuer und eine höhere Belastung von Kapitaleinkünften.

Die AfA unterstreicht: Wir wollen eine Entlastung, aber Sie muss gegenfinanziert werden.

Vorsitzender Paul Hümmer